

# GEDENKDIENST

Verein für historisch-politische Bildungsarbeit und Internationalen Dialog

No 3/09

## Kommunismus, Faschismus, einerlei?

Am 2. April 2009 beschloss das EU-Parlament mit überwältigender Mehrheit, den Jahrestag des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes, den 23. August 1939, künftig als „europaweiten Gedenktag an die Opfer aller totalitären und autoritären Regime“ zu begehen.<sup>1</sup>

Bis 1945 hatte die Zuschreibung „totalitär“ dem gesamten politischen Spektrum dazu gedient, GegnerInnen zu denunzieren: „totalitär“ waren in diesem Verständnis Feinde der individuellen bürgerlichen Rechte. Erst nach 1945 wurde versucht, den Kampfbegriff in wissenschaftliche Theorie zu kleiden. Bis heute grundlegend sind dabei die Arbeiten von Carl Joachim Friedrich und Zbigniew Brzezinski<sup>2</sup> sowie Hannah Arendt<sup>3</sup>. Totalitarismus zeichnet sich nach Friedrich/Brzezinski durch sechs gemeinsame Merkmale aus: 1.) utopische Heilslehre 2.) hierarchische Massenpartei, 3.) terroristische Geheimpolizei, 4.) staatliches Nachrichtenmonopol, 5.) staatliches Waffenmonopol und 6.) staatliche Lenkung der Wirtschaft. Anhand dieser Kriterien wurden fortan Kommunismus und Faschismus als wesensgleiche Systeme dargestellt, ungeachtet aller Fragwürdigkeiten.

Auf Ebene der Ideologie ist etwa schwerlich einzusehen, weshalb ein egalitäres, der Vernunft verpflichtetes Menschenbild ident sein soll mit einer deklariert irrationalen, rassistischen und sozialdarwinistischen Lehre, deren Ziel in der „Ausmerzungen“ aller vermeintlich Minderwertiger besteht. Auch die Gleichung „Rassenkampf = Klassenkampf = Massenmord“ geht ins Leere: Rassismus zielt auf Individuen, während der auf Marx und Engels rekurrende Sozialismus die Aufhebung eines zwischenmenschlichen Verhältnisses bezweckt.

Zu den theoretischen kommen die historischen Fehler. So ist etwa die Vorstellung einer monolithischen Herrschaftsstruktur im Hinblick auf die faschistischen Regime in Deutschland und Italien nicht haltbar. Ebenso wenig hat unter Hitler oder Mussolini eine staatlich gelenkte Wirtschaft bestanden. Tatsächlich hatte der Faschismus im Unterschied zum Kommunismus sehr wohl eine die traditionellen Eliten begünstigende Funktion. Der stalinistische Terror ist überdies

fraglos moralisch zu verurteilen, es kann jedoch nicht übersehen werden, dass er weder quantitativ noch qualitativ eine Entsprechung zur deutschen Völkermordpolitik bildete.

Auch diverse Adaptionenversuche haben die Theorie nicht glaubwürdiger gemacht. Ende der 1950er fand in der Sowjetunion ein Prozess der Entstalinisierung statt. Aus totalitarismus-theoretischer Perspektive ein Ding der Unmöglichkeit, schließlich ist Terror ihr zufolge für den Totalitarismus konstitutiv. Außerdem: Die Sowjetunion musste doch aus westlicher Perspektive als Feindbild weiterhin aufrecht gehalten werden. Die Lösung lieferte Brzezinski mit der These vom „dysfunktionalen Totalitarismus“<sup>4</sup>: Nicht die Theorie, die der Realität nicht gerecht wurde, war demnach fehlerhaft, vielmehr verhielt sich die Realität „dysfunktional“, weil sie sich partout nicht der Theorie anpassen mochte.



### Flexibilität macht sich bezahlt: Gründe für das Comeback

Weshalb, so fragt man sich, hat ein so offenkundig mangelhaftes Erklärungsmodell sich bis heute halten können, ja, wieso feiert es ein so furioses Comeback? Da ist einmal der Prozess der nationalen Neudefinition in den vormals kommunistischen Staaten. Deren Eliten sind – ungeachtet ihrer politischen Vergangenheit – zumeist liberalkonservativ bis nationalistisch und sehen sich in der Tradition der Dissidenten von einst. Aus dem Unrecht, das diesen dereinst widerfuhr, versucht man nun eine nationale Erzählung zu machen: Das Angebot, ein Opfer ausländischer Mächte geworden zu sein steht dem ganzen Land offen. Wie weit sich derlei treiben lässt, illustrieren seit geraumer Zeit Litauen und Lettland. Dort wurden in den

Fortsetzung auf Seite 2

## Inhalt

Kommunismus, Faschismus, einerlei?	1
Advokaten 1938 Nachtrag	2
„Un itzt zaynen mir farbrekher“ PartisanInnenverfolgung in Litauen	3
DidaktikWerkstatt Arbeitsgruppe für historisch-politische Bildungsarbeit	4
Theresienstadt und Wien Eine pädagogische Annäherung	5
„Die Judenfrage ist in Serbien nicht mehr“	6
Erinnerungen an Jean Jaurès	6
Arnezhofenstrasse Ein Stassennahme als Mahnmal	7
Studienfahrten.at	8

## Editorial

Liebe Leserin! Lieber Leser!

Rund um die Schaffung eines gesamt-europäischen Gedenktages und somit eines Ost - West verbindenden Geschichtsnarrativs wirft man Kommunismus und Nationalsozialismus in einen Topf, rührt kräftig um und schafft somit die europäische Erfahrung des Totalitarismus. Ob das ganze so einfach ist und warum es zu einer Renaissance der Totalitarismustheorie kommt untersucht Florian Wenninger im Leitartikel.

Gewisserweise illustrierend dazu, werfen wir einen Blick auf ein konkretes Symptom dieses „Trends“. In Litauen droht ehemaligen PartisanInnen gerichtliche Verfolgung, ihr bewaffneter Widerstand soll nun als Kriegsverbrechen verhandelt werden, während litauische Kollaborateure der Nazis wenig zu befürchten haben.

Ein anderer Schwerpunkt dieser Ausgabe liegt auf der vermehrt fokussierten pädagogischen Arbeit des Vereins. Die neue Arbeitsgruppe „DidaktikWerkstatt“ stellt sich und seine Arbeit vor und präsentiert weiters eine in diesem Rahmen konzipierte Workshopreihe die an wiener Schulen in Kooperation mit ESRA durchgeführt wurde.

Johannes Breit beschäftigt sich mit der Ermordung der serbischen Juden und zeichnet dabei die unrühmliche Rolle der Wehrmacht nach. Peter Ulrich Lehner nimmt den 95. Todestag des Namensgebers der Jaurès-gasse im 3. Wiener Gemeindebezirk zum Anlass um die Vita des französischen Internationalisten zu beleuchten. Um einen Straßennamen geht es auch in dem von Erich Koller vorgestellten Projekt „Arnezhofenstrasse – Ein Straßennahme als Mahnmal“.

Christoph Fischer  
Redakteur GEDENKDIENST



Unter dem Begriff Totalitarismus werden die kommunistischen Verbrechen mit dem Völkermord in nationalsozialistischen Konzentrations- und Vernichtungslagern gleichgesetzt.

### Fortsetzung von Seite 1

letzten Jahren mehrere Verfahren gegen ehemalige PartisanInnen angestrengt – wegen Hochverrat, schließlich hatten sie mit dem feindlichen Ausland kooperiert, namentlich der Roten Armee. Die zahlreichen SS-Veteranen der beiden Länder dürfen sich dagegen neuerdings als geschätzte Mitglieder ihrer Gesellschaft fühlen.<sup>5</sup>

In Deutschland beeinflusste die Totalitarismustheorie nach 1945 maßgeblich die verfassungsrechtliche Orientierung auf die „freiheitlich-demokratische Grundordnung“ und war seit den 1960ern Basis der zeitgeschichtlichen Vermittlung an Schulen. Nach der Wiedervereinigung wurde sie auf die DDR als „zweite deutsche Diktatur“ übertragen.<sup>6</sup> Das verlangt entweder eine monströse Überhöhung des in der DDR begangenen Unrechts oder die radikale Nivellierung der NS-Verbrechen: Während die mit der Stasi-Vergangenheit betraute Birthler-Behörde gegenwärtig 2.000 Personen beschäftigt, arbeiten in der Zentralen Stelle zur Aufklärung von NS-Verbrechen keine 15 Staatsanwälte, diese erreichten in den vergangenen zwanzig Jahren ganze vier Verurteilungen.<sup>7</sup>

Ein zweiter entscheidender Grund für das Wiederaufleben der Totalitarismustheorie ist die neue Standortbestimmung des Westens nach Ende des Kalten

Krieges, die spätestens seit den Anschlägen vom 11. September 2001 stark kulturalistische Züge trägt. Die Vorstellung einer westlich-demokratischen Sphäre, die sich im Abwehrkampf gegen den vordringenden Islamismus mühsam ihrer Haut erwehrt, ist als Grundparadigma nicht nur der geostrategischen Lage, sondern auch sozialer Konflikte in den westlichen Staaten selbst fest etabliert. Die These vom „dritten“, diesmal „islamistischen“ Totalitarismus, wie sie 2003 der israelische Historiker Yehuda Bauer formulierte<sup>8</sup> war da wohl nur eine Frage der Zeit. Heute findet sich die Zuschreibung „totalitär“ in sämtlichen Publikationen und Foren mit sog. „islamkritischen“ (und nicht etwa: religionskritischem) Hintergrund. Einzig erkennbarer Zweck ist neben der Diffamierung durch Einreihung in eine Tradition –ausschließlich abendländischer – verbrecherischer Regime die Begrenzung der Handlungsoptionen der Antitotalitaristen: Weil man mit Fanatikern nicht verhandeln kann, so die Botschaft, bleiben schlussendlich nur repressive bzw. militärische „Problemlösungsoptionen“ übrig: „Kein zweites München!“<sup>9</sup>

Die dritte Erfolgsbedingung des Totalitarismusbegriffs ist die Genese aus den beiden vorhergehenden im Zuge der Schaffung einer europäischen Identität. Diese befördert auf historischer Ebene unter möglichst breiter Einbeziehung na-

tionaler Erzählungen ein positives Bild eines vereinten Europas vor der Negativfolie einer „totalitären Erfahrung“ und in Abgrenzung zu heutigen „totalitären Bestrebungen“.<sup>10</sup> Dass diese Abgrenzung keineswegs defensiven, sondern durchaus offensiven Charakter hat, lässt sich am globalen militärischen Engagement des Westens ersehen.

Der letzte ausschlaggebende Faktor ist die Hegemonie (wirtschafts-)liberaler Deutungsmuster. Die Totalitarismustheorie geißelt Bestrebungen, die auf grundlegende Veränderungen des Bestehenden abzielen, grundsätzlich als hostis generis humani. Sie war und ist daher ein wichtiges Instrument zur Immunisierung gegen alle linken Tendenzen, speziell gegen die in Zeiten der Wirtschaftskrise grassierende Skepsis gegenüber dem Kapitalismus als ultimo ratio. In den Worten des britischen Abgeordneten Syed Kamall in der Debatte um den neuen europäischen Gedenktag im Europaparlament: „It is quite clear what the common thread is between Soviet socialism and National Socialism. The clue is in the phrase, and the answer is ‚socialism‘.“<sup>11</sup>

Florian Wenninger

*Obmann Verein Gedenkdienst, leistete Gedenkdienst 1998/99 an der Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem. Studium der Politikwissenschaft, Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien.*

- 1 Entschließung des Europäischen Parlaments vom 2. April 2009 zum Gewissen Europas und zum Totalitarismus, P6\_TA(2009)0213.
- 2 Friedrich, Carl Joachim (unter Mitarbeit von Zbigniew Brzezinski) 1957: Totalitäre Diktatur, Stuttgart.
- 3 Arendt, Hannah 2008: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, Antisemitismus, Imperialismus, Totale Herrschaft, München.
- 4 Vgl. Brzezinski, Zbigniew 1999: Dysfunktionaler Totalitarismus. In: Jesse, Eckhard (Hg.): Totalitarismus im 20. Jahrhundert. Eine Bilanz der internationalen Forschung. 2. und erweiterte Auflage, Baden-Baden, S. 263-276.
- 5 Als Beispiele mögen diverse Denkmäler oder die kurzfristige Adaption des 16. März zum lettischen Feiertag gelten: An diesem Tag hatten 1944 lettische SS-Einheiten kurzzeitig erfolgreich die Rote Armee aufgehalten.
- 6 Vgl. Wippermann, Wolfgang 1997: Totalitarismustheorien. Die Entwicklung der Diskussion von den Anfängen bis heute, Darmstadt, S. 102.
- 7 Interview mit Christiaan Rütters auf derstandard.at, 22.12.2009.
- 8 Bauer, Yehuda: Der dritte Totalitarismus. In: Die Zeit Nr. 32/2003, online unter [http://www.zeit.de/2003/32/Essay\\_Bauer](http://www.zeit.de/2003/32/Essay_Bauer)
- 9 Eine Ironie der Geschichte stellt Bauers wütende wie berechtigte Kritik am 23. August als neuem europäischem Gedenktag dar, offensichtlich ist sich der Autor keiner eigenen Verantwortung für die Radikalisierung des Totalitarismus-Begriffs bewusst, die in dieser Entscheidung zum Ausdruck kam, vgl. <http://www.gedenkdienst.or.at/index.php?id=585>.
- 10 Vgl. Leggewie, Claus 2009: Schlachtfeld Europa. Transnationale Erinnerung und europäische Identität. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 2/2009, online unter: <http://www.eurozine.com/articles/2009-02-04-leggewie-de.html>
- 11 Debatte vom 02. April 2009, zitiert nach: <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+CRE+20090402+SIT+DOC+PDF+V0//EN&language=EN>

## Advokaten 1938 Nachtrag

Für die GEDENKDIENTST - Zeitungsausgabe 03/2005 verfasste ich einen Artikel über das 2004 gegründete Projekt „Servitengasse 1938“, das neben anderen Gedenkinitiativen in der Servitengasse im neunten Wiener Gemeindebezirk auch eine Gedenktafel für die vertriebenen und ermordeten BewohnerInnen des Hauses Servitengasse Nr. 6 aufstellte. Diese Gedenktafel konnte allerdings nicht wie zunächst geplant am Haus selbst angebracht werden, da sich die Hauseigentümerin dagegen wehrte. Aus diesem Grund wurde vor dem Haus, auf öffentlichem Grund, ein Denkmal aufgestellt.

In meinem Artikel schrieb ich fälschlicherweise, dass auch die Hausverwaltung Weiss-Tessbach, Benn-Ibler

dem Projekt gegenüber negativ eingestellt war. Diese war aber der Hausbesitzerin gegenüber weisungsgebunden, vertrat also lediglich, was ihre Mandantin verlangte und hatte hinsichtlich des Projekts selbst keineswegs Bedenken.

Im Gegenteil: Dr. Benn-Ibler, der damalige Hausverwalter, ist Präsident der Österreichischen Rechtsanwaltskammer, die nun gemeinsam mit den regionalen Rechtsanwaltskammern ein Projekt gestartet hat, das die eigene Geschichte aufarbeiten soll. Der „Verein zur Erforschung der anwaltlichen Berufsgeschichte der zwischen 1938 und 1945 diskreditierten Mitglieder der österreichischen Rechtsanwaltskammern“ versucht, die Berufsgeschichte der vom

Berufsverbot des Nationalsozialismus betroffenen und vertriebenen Rechtsanwälte nachzuvollziehen und somit einen Teil der österreichischen Anwalts-geschichte im Rahmen einer Publikation nachzuzeichnen.

Unzähligen RechtsanwältInnen wurde der Beruf aus rassistischen und politischen Gründen untersagt – nach dem „Anschluss“ waren nur mehr 771 von 2.605 Anwältinnen und Anwälte in die Liste der Rechtsanwaltskammer eingetragen. Der von der Österreichischen Rechtsanwaltskammer gegründete Verein stellt nun die Fragen: „Woher sind diese Kollegen gekommen?, Was ist ihre persönliche Anwalts-geschichte? Wie war ihr weiteres Schicksal?“. Die Publikation zu ihrem Projekt soll „zugleich

Gedenkschrift und kritische Auseinandersetzung“ sein.

Die Initiatoren dieses Projekts baten uns, einen Aufruf zu veröffentlichen: Wenn Sie Informationen über RechtsanwältInnen haben, die von dem Berufsverbot betroffen waren, treten Sie bitte in Kontakt mit:

[verein@advokaten1938.com](mailto:verein@advokaten1938.com)

Thomas Rennert

Links:

[www.advokaten1938.com](http://www.advokaten1938.com)  
[www.servitengasse1938.at](http://www.servitengasse1938.at)

# Un itzt zaynen mir farbrekher?

## Von PartisanInnenverfolgung und Medienhetzen – Von Litauen und der EU

Mehr sagt sie nicht. Sie spricht nicht weiter; spricht es schon gar nicht an. Fania Yocheles Brantsovsky ist verletzt. Sie nimmt das Bild und legt es zurück ins Bücherregal des Vilne Yiddish Instituts. Seit Jahren arbeitet sie als eine der wenigen noch jiddisch sprechenden als Bibliothekarin am Institut. Das Bild zeigt ihre Familie vor dem Zweiten Weltkrieg. Sie holte es am Anfang unseres Gespräches um ihre Lebensgeschichte zu erzählen: Geboren 1922 in eine Jiddisch sprechende Familie, aufgewachsen im litauischen Kovne (Kaunas), besuchte eine hebräische Schule im polnischen Vilne/Wilno (Vilnius), im September 1941 inhaftiert im Vilne Ghetto – am Morgen des 23. September 1943 (Tag der Liquidation des Ghettos) aus dem Ghetto geflohen. Sie flüchtete in die Rudniku Wälder zu einer, unter sowjetischer Führung stehenden, jüdischen PartisanInnenengruppe. Sie war so wie die vielen anderen in ihrer Gruppe keine Kommunistin, aber als Jüdin konnte man nicht zu den litauischen oder polnischen PartisanInnen – diese ermordeten Jüdinnen und Juden wenn sie auf diese trafen, forderten teilweise sowjetische Organisationen gar auf, ihnen die jüdischen PartisanInnen „zu übergeben“. Und amerikanische, britische oder französische PartisanInnen gab es 1943 in Litauen keine. Somit entschlossen sie und die anderen Jüdinnen und Juden sich dazu, unter sowjetischer „Führung“ gegen die NationalsozialistInnen und deren KollaborateurInnen zu kämpfen – und das bis Juli 1944. Als wir aber zu dem kommen, was ihr seit Anfang 2008 vorgeworfen wird, hört sie auf.

Heute zählt Fania zu einer der bekanntesten Personen, wenn es um Führungen durch das jüdische Vilnius geht. Sie will erzählen was geschehen ist, davon erzählen wer die 94% der jüdischen Bevölkerung Litauens ermordet hat, denn sehr viele TäterInnen waren LitauerInnen. Darüber spricht man allerdings nicht gerne. Auch die Staatsanwaltschaft nicht. Fania macht es.

Am 10. September 2007 veröffentlichte die litauische Staatsanwaltschaft eine Presseaussendung, wonach gegen Yizthak Arad (\*1926, Erster Direktor von Yad Vashem) schon seit längerem Ermittlungen wegen Kriegsverbrechen geführt würden. Er und weitere PartisanInnen sollen in der Nacht von 29. auf 30. Jänner 1944 das Dorf Kaniukai überfallen, und die 38 BewohnerInnen ermordet haben. Von da an gelangt das Thema der „jüdisch-bolschewikischen PartisanInnen“ in die Medien. Kaniukai wird zu einem Schlagwort.

Kaniukai liegt nicht weit von den Rudniku Wäldern, jenem Ort wo sich anti-nationalsozialistische PartisanInnen Organisationen eine „Basis“ errichtet hatten. Um im Winter zu überleben, waren sie auf die Unterstützung der sich in der Nähe befindlichen Dörfer angewiesen. Das wussten auch die NationalsozialistInnen – sie verteilten Waffen an die Dörfer und brannten alle jene nieder, die mit den PartisanInnen kollaborierten. Oft kam es zu Gefechten zwischen PartisanInnen und DorfbewohnerInnen – so auch Ende Jänner in Kaniukai.

Am 29. Jänner 2008 erschien in der Zeitung Lietuvos Aidas erneut ein Artikel über Kaniukai. Die generell in den Medien verbreitete Version über Kaniukai anhand eines Beispiels: „(...) die sowjetischen Terroristen ermordeten alle Einwohner von Kaniukai und brannten das Dorf nieder, alles nur aus einem Grund: Die Dorfbewohner waren die Plünderungen durch Rote Terroristen satt und organisierten eine Selbstverteidigungseinheit ihres Dorfes.“

Die Verfasserin des Artikels, Irena Tumanviciute, forderte, dass auch gegen Fania Brantsovsky und Rachel Margolis



(\*1921, jüdische Partisanin, gemeinsam mit Fania in den Rudininku Wäldern) Untersuchungen eingeleitet werden sollten. Dies geschah danach auch.

Um sich nicht in der Diskussion über das historische Ereignis „Kaniukai“ zu verlieren, betrachten wir die weitere Entwicklung mit dem Umgang von drei Überlebenden des Holocausts in Litauen, und betrachten nicht (so wie der Litauische Staat) die nie gründlich durchgeführten Untersuchungen, geschweige denn die Prozesse, gegen bekannte litauische KollaborateurInnen. Auch wenn von letzteren bekannt und belegbar ist, wofür sie zur Verantwortung gezogen werden müssen.

Wir setzen fort, im Mai 2008 kam eine Gruppe bewaffneter Polizisten zur Adresse, wo die sonst in Israel lebende Rachel Margolis in den Sommermonaten (wenn sie in Vilne ist) gemeldet ist – sie wollten sie zu einer Befragung mitnehmen. Auch nach Fania Brantsovsky wurde gesucht.

Als man Fania am Institut nicht finden konnte (da sie sich auf einer Führung

durch das Ghetto befand), wurde Tage darauf in einer Pressemitteilung angemerkt, dass beide Frauen nicht auffindbar sind, aber von der Staatsanwaltschaft befragt werden müssen. Mehrere Artikel erschienen, in welchen die Forderung deutlich wird, dass die beiden „jüdisch-bolschewikischen“ Frauen zur Verantwortung gezogen werden müssen.

Yizthak Arad geriet zunehmend aus dem Schussfeld öffentlicher Berichterstattung. Er selbst zählt zum Vorstand der Internationalen Kommission zur Untersuchung der Verbrechen der Nazi

tischen PartisanInnen an Verbrechen gegen litauische ZivilistInnen.“

Aber zurück zur zuvor genannten „Internationalen Kommission“. Allein schon im Namen lässt sich des Pudels Kern vermuten. Litauen ist seit Jahren aktiv daran interessiert, die Verbrechen der sowjetischen Besatzung unter dem Begriff „Genozid“ in der EU zu verankern. In Litauen selbst geschieht das schon seit langem. Wenn von einem „Genozid“ die Rede ist, dann immer in erster Linie vom sowjetischen, nur nebenbei wird vom „Nazi-Genozid“ gesprochen; auf den Terminus Holocaust wird zur Gänze verzichtet, die schamlose Vermischung der Verbrechen zweier Regime findet statt.

Auf europäischer Ebene wird von Litauen der Standpunkt vertreten, Europa könne nur dann gemeinsam in die Zukunft schreiten, wenn die EU den sowjetischen „Genozid“ als solchen anerkennt und auf eine Ebene mit dem Holocaust stellt (vgl. Prag Deklaration). Innerhalb des Landes geschieht dies allerdings nicht. Nur ein mickriger Teil des Geldes für Unterrichtsprojekte der „Internationalen Kommission“ fließt in Holocaust bezogene Projekte.

Das moderne staatliche „Genozid Museum“ spricht den Holocaust überhaupt nicht an. Hingegen glänzt es mit Zitaten wie „When the Holodomor eyewitnesses, even those who survived the Nazi death camps, were asked what was more frightful – the famine or the war, they unanimously answered: [...] (In Auschwitz) we were given some spinach and a little bread... War is terrible, but famine is even worse.“. In ganz Vilne Stadt finden sich Wegweiser zum „Genozid Museum“, das kleine Holocaust Museum hat bis heute keinen vergleichbaren von der Stadt bekommen.

Das staatliche „Genocide and Resistance Center“ beschäftigt sich ausschließlich mit anti-sowjetischem Widerstand. Der gesamte (!) Anti-Nazi Widerstand, so die Leiterin des Institutes, sei sowjetischer Widerstand gewesen und somit als „Anti-Litauisch“ zu betrachten – Grund genug diesen also nicht zu erwähnen?

Die Liste dieser haarsträubenden Beispiele wäre noch lange, viel zu lange fortzusetzen. Auch diese Bestandsaufnahme könne ausführlicher sein und die Beispiele der antisemitischen Medienhetze könnten mehr sein. Sie würden die Tendenzen der Gleichsetzung von sowjetischen Verbrechen und dem Holocaust noch stärker veranschaulichen – zeigen, dass wofür Geschichte im Moment verwendet wird, reine Propaganda (gegen Russland?) ist. Auch, wenn zwei alte PartisanInnen dafür als Verbrecherinnen verhetzt werden.

Adalbert Wagner

leistete 2008/2009 Gedenkdienst in Vilnius

Auf der Webpage finden Sie all die angeschnittenen Ereignisse und vor allem Artikel:

[www.holocaustinthebaltics.com](http://www.holocaustinthebaltics.com)

# DidaktikWerkstatt

## Neue Arbeitsgruppe für historisch-politische Bildungsarbeit des Verein Gedenkdienst

Seit Oktober gibt es im Verein eine neue Arbeitsgruppe die sich mit historisch-politischer Didaktik auseinandersetzt, diesbezügliche Fragen diskutiert und neue pädagogische Konzepte entwickelt.

Die Gründung der DidaktikWerkstatt basiert auf dem Bedürfnis den didaktischen Grundsatzdebatten innerhalb des Vereins ein Forum zu bieten. 2009 war ein aktives Jahr für den Verein - Sowohl in der so eben abgeschlossenen Guideausbildung, als auch in der Vorbereitung auf die Gedenkdienst-Tagung mit dem Arbeitstitel „Geschichtsdidaktik und Geschichtsvermittlung“ Ende 2010 sind viele Fragen und Themenkomplexe neu zur Diskussion gestellt worden. Und darum gibt es uns jetzt!

Wir, die „DidaktikWerkstatt“, das sind 20 Frauen und Männer die unter anderem aus den Fachbereichen Pädagogik, Geschichte, Politikwissenschaft, Philosophie und Kulturwissenschaften kommen und spezifisches Wissen sowie unterschiedliche Erfahrungen in der Jugendarbeit mitbringen.

Unser Ziel ist es, gemeinsam neue Ansätze für die zu vermittelnden Inhalte zu entwickeln und uns das Handwerkszeug für die Praxis anzueignen. Die inhaltliche Planung sowie die Moderation der monatlichen Arbeitstreffen und die thematischen Referate werden von uns TeilnehmerInnen abwechselnd übernommen. Hier kommen wir dem Bedarf nach Austausch von Grundlagen und Methoden für gelungene Workshops nach. Themenschwerpunkte sind dabei unter anderem Moderationstechniken, Zielgruppenanalysen aber auch der Umgang mit Gruppenprozessen. Diversitäre und gendersensible Aspekte finden dabei besondere Beachtung. Neben der praktischen Methodenanwendung stehen thematische Inputs und die Reflexionen auf der Metaebene im Fokus, um den interdisziplinären Austausch unter didaktischem Blickwinkel auch tatsächlich gewährleisten zu können.

Unsere inhaltlich pädagogische Arbeit orientiert sich an den Grundsätzen der Interkulturellen Bildung, der Antirassismussarbeit sowie der Gedenkstättenpädagogik. Sowohl vereinsintern als auch in der Arbeit mit Jugendlichen verfolgen wir das Prinzip der Freiwilligkeit sowie der partizipativen Teilnahme. Wir verstehen Didaktik als die Lehre von der Vermittlung - „wer behandelt mit wem warum welches Thema in welchem Rahmen?“. Didaktische Kompetenzen sind für uns die Fähigkeiten und Fertigkeiten eines Vermittelnden, den Lernprozess der einzelnen Lernenden optimal zu fördern.

Wir engagieren uns als BegleiterInnen und VermittlerInnen in der historisch-politischen Bildungsarbeit, möchten schultypen- und jahrgangsübergreifend arbeiten und der regen Nachfrage von LehrerInnen nach einem professionellen Zugang der außerschulischen Geschichtsvermittlung nachkommen.

Ein weiteres Ziel der DidaktikWerkstatt ist die Erarbeitung eines Handbuches sowie eines Werkstatt-Wikis. Hier sammeln wir unsere Protokolle, Methodenanleitungen, Literaturhinweise und theoretischen

Diskussionen. Außerdem stehen sämtliche Materialien selbstverständlich vereinsinternen Projekten wie den Vorbereitungsseminaren für zukünftige Gedenkdienstleistende und der Studienfahrten-Gruppe zur Verfügung.

### Projekte

Gerade weil wir in vergangenen Projekten schon Erfahrungen sammeln konnten, haben wir noch viel vor! Zwei Projekte möchten wir an dieser Stelle vorstellen. TeilnehmerInnen der DidaktikWerkstatt organisierten und konzipierten folgende Workshops, die exemplarisch und richtungsweisend für unser Engagement stehen:

In Zusammenarbeit mit dem psychosozialen Zentrum ESRA konnte der Besuch der Kinderoper „Brundibár“, die zum Gedenken an die Reichspogromnacht im Theater Akzent aufgeführt wurde, mit SchülerInnen vorbereitet werden. Inhalt der Workshops war es, in den Klassen den politischen und zeitgeschichtlichen Kontext der Oper zu behandeln und die SchülerInnen mit der Geschichte Theresienstadts, speziell mit der Rolle von Kunst und Kultur für das Leben im Ghetto, vertraut zu machen.

Im November wurde eine Projektreihe mit der siebten Klasse eines Gymnasiums und in Kooperation mit dem Jugendcafé „Roter Kakadu“ (Verein Rettet das Kind) konzipiert und durchgeführt. Gemeinsam mit den SchülerInnen arbeiteten wir lebensweltorientiert in fünf Workshops zu Themen wie Identität, Antirassismus und Zivilcourage. Nicht nur in diesem speziellen außerschulischen Bereich war es wichtig, den Jugendlichen auf Augenhöhe und in einem geschützten Rahmen zu begegnen, um so Diskussionen Platz einzuräumen und diese professionell zu moderieren.

### Anpassung

An diese methodische Schwerpunktsetzung und andere Neuausrichtungen anknüpfend, ist auch die Abänderung des „Vereinsbeinamens“ in der Generalversammlung 2009 zu sehen. Die Begriffe der „Holocaust-Education“, des „Zivilersatzdienstes“ und des „Europäischen Freiwilligendienstes“ decken die Arbeit des Vereins nur noch bedingt ab. Das Studienfahrtenprogramm, die nachrückliche Forderung und temporäre Ermöglichung aus Eigenmitteln eines Gedenkdienstes für Frauen und die theoretische sowie praktische Auseinandersetzung mit Pädagogik gehen weit über diese, relativ einschränkende Begriffe hinaus.

Besonders der Begriff „Holocaust-Education“, der als Schlagwort und Titel in vielen Zusammenhängen verwendet wird, ist überraschend undefiniert. Zwar legt er das „Lernen über den Holocaust“ oder das „Lernen aus dem Holocaust“ nahe, doch bereits zwischen diesen beiden Definitionen können ganze Weltanschauungen liegen. Zudem wird der Begriff in der Praxis weit über die Zeit des Nationalsozialismus hinaus gezogen und



Workshop zur Kinderoper „Brundibár“

schließt die Behandlung anderer Genozide oft mit ein.

Die Bemühungen des Verein Gedenkdienst in den letzten Jahren, um die Ermöglichung eines Gedenkdienstes für Frauen unter gleichen Konditionen wie es Männern im Rahmen des Zivilersatzdienstes möglich ist, impliziert geradezu die Ergänzung oder Weglassung der Begriffe „Zivilersatzdienst und Europäischer Freiwilligendienst“. Der Gedenkdienst, der im Ausland gerne als diplomatisches Instrument des staatlichen „Wiedergutmachens“ oder Zeichen des „eh was tun“ ge- und benutzt wird, soll von seinem männlichen Monopol gelöst werden. Die Einteilung in Gedenkdienst als Zivilersatzdienst für Männer, finanziert aus Staatsmitteln und Gedenkdienst (begrenzt auf europäische Länder) als EVS Freiwilligendienst für Frauen, finanziert aus EU-Mitteln geht klar an dieser Forderung vorbei. Damit einher geht auch eine prinzipielle Aufwertung von der aus staatlicher Sicht billigeren alternativen Ableistung der Wehrpflicht.

„Gedenkdienst -Verein für historisch-politische Bildungsarbeit und Internationalen Dialog“ lautet der Name, der künftig die Aktivitäten des Vereins breiter abdecken soll. „Bildungsarbeit“ als offener Begriff, der eine Vielzahl an Ebenen auf denen die Auseinandersetzung mit der jüngeren Geschichte und im speziellen der Zeit des Nationalsozialismus geschieht umfassen soll, erweitert das Spektrum an Aktivitäten ohne die „Kerngeschäfte“ auszulassen. Die Attribute „historisch“ und „politisch“ schließen auch die Auseinandersetzung mit aktuellen Themen und Folgen bzw. Folgerungen aus der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus ein. „Internationaler Dialog“ weist den Dienst im Ausland aus, öffnet ihn aber weiter als die bisherige Festlegung auf Zivilersatz- und EVS Dienst.

### Was bringt die Zukunft?

Viele offene Themenfelder stehen im kommenden Jahr auf dem Programm der DidaktikWerkstatt: „Gendersensible Arbeit“, „ZeitzeugInnenarbeit“ und „Migrationsaspekte in der Bildungsarbeit“ sind nur einige davon. Auch 2010 ist es für uns wichtig, Konzepte für neue Projekte in der DidaktikWerkstatt offen zur Diskussion zu stellen. Darüber hinaus sind neue TeilnehmerInnen, Ideen und Herausforderungen immer herzlich willkommen.

Über zukünftige Aktivitäten der DidaktikWerkstatt und Bildungsangebote für Schulklassen informieren wir auf der Homepage des Vereins Gedenkdienst. Weitere Infos und Kontakt:

anne.froelich@gedenkdienst.at

Linda Erker und Anne Frölich

studiert Geschichte und ist Mitglied der DidaktikWerkstatt; Pädagogin und Mitglied der DidaktikWerkstatt

### Impressum

**Medieninhaber:** GEDENKDIENTST  
- Verein für historisch-politische Bildungsarbeit und Internationalen Dialog  
A-1010 Wien, Rabensteig 3/18, tel +43 1 581 04 90  
fax dw -90, office@gedenkdienst.at, BAWAG,  
BLZ 14 000, Kto. 02010607593, DVR 003506

**Obmann:** Florian Wenninger  
**Kassier:** Ulrich Kopetzki  
**Schriftführerin:** Janine Zettl

**Jede weitere Veröffentlichung bedarf der Zustimmung der AutorInnen. Die in den Artikeln vertretenen Meinungen müssen nicht mit den Positionen des Vereins Gedenkdienst ident sein.**

**MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:**  
Florian Wenninger, Thomas Rennert, Adalbert Wagner, Linda Erker, Anne Frölich, Jenny Linde, Johannes Breit, Peter Ulrich Lehner, Erich Koller, Till Hilmar, Christoph Fischer  
**Abbildungen/Bildrechte:**  
Josip Novosel ( S.1), Christoph Fischer (S.2; S.8), Adalbert Wagner (S.3) Tobias Haider (S.4)  
**Redaktion:** Christoph Fischer  
**Layout:** Ulrike Fleschhut

**Druck:** simply more, Wien  
**Erscheinungsort:** Wien  
**Auflage:** 2500  
**Preis:** € 0,75

# Theresienstadt und Wien

## Eine pädagogische Annäherung

**Der Jahrestag des Novemberpogroms 1938, die Nacht vom 9. auf den 10. November, nimmt als Gedenktag eine zentrale Rolle ein. So auch bei der Wiener Organisation ESRA, die sich um Opfer traumatischer Ereignisse und deren Spätfolgen und insbesondere um Überlebende der NS-Verfolgung kümmert. In Zusammenarbeit der Sozialabteilung der Israelitischen Kultusgemeinde Wien und der Stadt Wien entstand 1994 das psychosoziale Zentrum ESRA. Seither bemühen sich die MitarbeiterInnen von ESRA um eine sowohl medizinische, als auch therapeutische Versorgung von Opfern der Shoah und deren Angehörigen, sowie um die Beratung im sozialarbeiterischen Sinn und Betreuung von in Wien lebenden Juden und Jüdinnen. Auch Integrationshilfen für jüdische MigrantInnen, bietet ESRA an.**

Im Rahmen des 15-jährigen Bestehens der ESRA wurde am 9. und 10. November 2009 die Kinderoper „Brundibár“ im Rahmen einer Gedenkveranstaltung für die Opfer des Novemberpogroms und die Kinder Theresienstadts aufgeführt. Partner dabei war die Israelitische Kultusgemeinde.

ESRA wollte mit dieser Aufführung einen Beitrag zur Auseinandersetzung mit nationalsozialistischer Gewaltherrschaft und zur Sensibilisierung von Jugendlichen gegen Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Rassismus leisten, deshalb veranstaltete sie zwei moderierte Aufführungen für Schulklassen.

### Die Oper „Brundibár“

Die Oper „Brundibár“ entstand 1938 als Gemeinschaftswerk des Librettisten Adolf Hoffmeister und des Komponisten Hans Krása in Prag. Die Uraufführung fand heimlich 1941 in einem jüdischen Waisenhaus statt, da die Stadt von den Nationalsozialisten besetzt war und der jüdischen Bevölkerung es verboten war zu musizieren. Als Krása im August 1942 nach Theresienstadt deportiert wurde, konnte er die Partitur nicht mitnehmen und komponierte eine neue Fassung der Oper. Zwischen 1943 und 1944 wurde „Brundibár“ in Theresienstadt 55 mal von dort inhaftierten Kindern und Jugendlichen aufgeführt. Die großartige Musik und die Botschaft der Oper – eine Parabel vom Sieg des Guten über das Böse – stellten für die Menschen einen Gegensatz zu ihrem von Unterdrückung, Hunger, Krankheit und Tod geprägten Alltag dar. Die Botschaft der Oper, dass man gemeinsam stärker ist und das Böse besiegen kann, stand in der damaligen Zeit stark im Vordergrund, ist aber auch heute noch von zentraler Bedeutung.

„Freundschaft alle Zeit, hilft euch in jedem Streit und schafft Gerechtigkeit. Nehmt euch bei der Hand, und knüpft das Freundschaftsband!“ so die Schlussworte der Oper. Die Geschwister Aninka und Pepicek wollen für ihre kranke Mutter Milch kaufen. Aufgrund ihrer Armut können sie diese nicht bezahlen. Sie suchen eine Möglichkeit Geld zu verdienen

und werden auf den Leierkastenspieler Brundibár aufmerksam. Sie versuchen es ihm gleich zu tun und versuchen zu singen, aber ihre Stimmen sind zu schwach um gegen die laute Musik des Leierkastenspielers anzukommen. Die Kinder werden erst von Brundibár verspottet, dann bedroht und schließlich verjagt. Aninka und Pepicek bekommen jedoch Hilfe von einem Spatz, einer Katze und einem Hund. Diese rufen die Kinder aus der Nachbarschaft zusammen und gemeinsam singen sie und sind so stark und laut, dass sie Brundibár besiegen können. Die Geschwister bekommen Geld und können der kranken Mutter die heilende Milch kaufen.

Die meisten SängerInnen und auch Hans Krása wurden 1944 nach Auschwitz deportiert und ermordet. Greta Klingsberg überlebte als eine der wenigen. Sie sang die weibliche Hauptrolle der Aninka 53 mal in Theresienstadt. Nach der Befreiung ging sie nach Israel und studierte dort Gesang. Auch heute dreht sich ihr Leben um die Musik: sie erklärte sich dazu bereit, die Veranstaltungen der ESRA zu moderieren und für Fragen zur Verfügung zu stehen.

### GEDENKDIENTST geht an die Schulen

ESRA trat an den GEDENKDIENTST heran und bat um Unterstützung in der Vorbereitung und Vermittlung für SchülerInnen. Aufgrund ihrer Vielfältigkeit bietet die Oper „Brundibár“ mehrere Möglichkeiten Themen im Zusammenhang mit den Fächern Musik, Geschichte oder Religion zu behandeln. Das Anliegen war es, die SchülerInnen für die Thematik zu sensibilisieren und mit den historischen Hintergründen zu Theresienstadt für eine individuelle Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus zu ermuntern.

Zeitgeschichtliche, musikalische und ethische Fragen wurden dabei erörtert. TrainerInnen des GEDENKDIENTST konzentrierten sich vor allem auf die Aspekte des Alltags der jüdischen Kinder sowohl in Wien ab 1938, als auch in Theresienstadt. Ein besonderes Interesse galt dabei der Bedeutung von Kunst und Kultur in dem als Musterghetto dargestellten Lager, welches noch heute als harmlos wahrgenommen wird. Von den ca. 15.000 nach Theresienstadt deportierten Kindern waren zu Kriegsende nur noch einige hundert am Leben.

Durch die Klärung des Begriffunterschieds „Reichskristallnacht“ und „Reichspogromnacht“ fand sich ein Einstieg in die Thematik. Je nach Wissensstand der SchülerInnen wurden die Abschnitte des Nationalsozialismus besprochen und ein Fokus auf den Anschluss von Österreich 1938 und die damit zusammenhängende Verfolgung und Deportation gegeben. Vor allem die Beziehungen zwischen ÖsterreicherInnen und Theresienstadt wollten wir dabei herausstellen.

Der praktische Teil, in dem die SchülerInnen agieren sollten, war eine Analyse dreier Bilder, die in Theresienstadt zur Zeit des Ghettos illegal gemalt wurden.

Die zentralen Fragen waren dabei: Was ist auf dem Bild zu sehen? Wer könnte dieses Bild gemalt haben? Und warum wurde dieses Motiv gemalt?

Die SchülerInnen sollten herausfinden, was die Bilder zeigen. Dann sollte über die Motive solcher Zeichnungen gesprochen werden und warum genau diese gemalt wurden.

Dabei war es wichtig herauszustellen, dass mit den Motiven versucht wurde die Lagerrealität von Theresienstadt zu dokumentieren um sie für die Zeit nach der Befreiung verständlich zu machen. Deshalb waren sämtliche Darstellungen die die brutale Realität im Ghetto zeigten von den Nationalsozialisten verboten und unter Strafe gestellt worden. Solche Motive waren Transport, Hunger, Krankheit, Tod – also sämtliche Aspekte der Lagerrealität. Die Bilder gelten als eine Dokumentation des Schreckens als Gegenstück zu der alltäglichen propagandistischen Inszenierung und halfen eine gewisse Distanz zu den Geschehnissen herzustellen. Ein weiteres wichtiges Motiv das die große Zahl an im Ghetto produzierten Kunstwerken zu erklären vermag ist der positive Effekt, den schöpferische Tätigkeiten auf den/die Einzelne/n hat. Zu malen bedeutete für viele Menschen im Ghetto, dass ein Raum für die eigene Individualität geschaffen werden konnte – an solch einem Ort, wie dem Ghetto Theresienstadt. Sei es malen, singen oder auch im Publikum zu sitzen und zuzuhören – solche Tätigkeiten halfen den Menschen dabei, an eine Normalität und an ein Leben nach dem Ghetto zu glauben.

Die besprochenen Bilder wurden illegal in der „Grafischen Abteilung“, ein innerhalb der Struktur der „Selbstverwaltung“ in Theresienstadt eingerichtetes Zeichenbüro, angefertigt. Die Grafische Abteilung war eigentlich dazu da, um propagandistisches Material also Zeichnungen, grafische Darstellungen „praktischer“ Aspekte des Lebens in Theresienstadt herzustellen. So wurden dort z.B. Bilder der Kanalisation, der Elektrifizierung, sämtlicher Abteilungen der Selbstverwaltung, aber auch „Naturbilder“ mit meist menschenleerem Ghetto produziert.

Für die Nachbereitung bot GEDENKDIENTST den Schulklassen den NS-Propagandafilm „Theresienstadt- Ein Dokumentarfilm aus dem jüdischen Siedlungsgebiet“ (auch unter dem Titel „Der Führer schenkt den Juden eine Stadt“ bekannt) an. Mit dem aktuellen Gedenkdiener in Theresienstadt sprachen die Lehrer über den Einsatz eines solchen Filmes, der dann aber bewusst nicht in den Unterrichtseinheiten gezeigt wurde, weil viel Zeit und Raum für eine Kontextualisierung und Diskussion des Propagandastückes notwendig gewesen wäre.

Eine detaillierte Vorbereitung über die verschiedenen Aspekte des Alltags in Theresienstadt ist essenziell für eine kritische Auseinandersetzung mit dem Film. Die Absicht der Auftraggeber war die inszenierte Vortäuschung einer scheinbar perfekten Gemeinschaft der jüdischen Bevölkerung in Theresienstadt, die wahren Zustände wurden mit romantischen Bildern von spielenden

Kindern und glücklichen Gärtnern überfüllt.

Die Häftlinge Theresienstadts wurden zur Täuschung missbraucht und anstelle des versprochenen Lohns wurden die meisten die bei den Dreharbeiten mitgearbeitet hatten nach Auschwitz verschleppt und dort ermordet.

Der in Fragmenten erhaltene Film kann heute gut verwendet werden, um das propagandistische Bild mit der Realität im Ghetto Theresienstadt zu vergleichen. In der Nachbereitung würde zuerst eine Erklärung in welchem Zusammenhang der Propagandafilm gedreht wurde erfolgen. So genannte Verschönerungsaktionen wurden vorgenommen, um einer Delegation vom Roten Kreuz vorzutäuschen, wie gut es die Häftlinge in Theresienstadt hätten. Tatsächlich wurden zum Beispiel hunderte Menschen in die Gaskammern weitertransportiert, um das Ghetto nicht überfüllt aussehen zu lassen.

Die Überreste dieses Films im Unterricht mit Jugendlichen zu verwenden ist daher nicht von vornherein auszuschließen, jedoch relativ aufwendig. Vorwissen und Vorbereitung über die verschiedenen Aspekte des Alltags in Theresienstadt sind dabei ausschlaggebend um den Film im Kontext betrachten zu können.

### Erfahrungen für die Zukunft

Unsere Erfahrungen in den Schulklassen zeigten, dass sowohl Wissen außerhalb des Unterrichts erlangt wurde, als auch persönliche Erfahrungen mit diesem Thema gemacht wurden. So spielt beispielsweise das Nachfragen in der eigenen Familiengeschichte eine zentrale Rolle für das Erkennen der historischen und politischen Zusammenhänge. Die SchülerInnen arbeiteten sehr interessiert mit und es entstanden viele spannende Diskussionen. So erzählten auch SchülerInnen von ihren Großeltern, die selber in Theresienstadt waren, es wurde über Bücher gesprochen oder über Filme, die damit im Zusammenhang stehen.

Die Aufführungen von „Brundibár“ zum Jahrestag der Novemberpogrome boten vielschichtige Möglichkeiten, sich mit den Thematiken Shoah und Nationalsozialismus zu beschäftigen und den Opfern zu gedenken. Die Vor- und Nachbereitungen des Opernbesuches für Jugendliche, die vom Verein GEDENKDIENTST organisiert und durchgeführt wurden, sollten zusätzlich den Kontext der Oper besser verständlich machen und über die Bedeutung von „Brundibár“, die über den Wert als wunderschöne Kinderoper hinaus geht, informieren. Alle Beteiligten sind sowohl mit der Vorbereitung, als auch mit der Durchführung sehr zufrieden. Aufgrund des guten Gelingens stehen weitere Kooperationen in Aussicht. Im Rahmen der Didaktikwerkstatt werden sicherlich weitere solcher Projekte entstehen.

Jenny Linde

arbeitet für den Verein GEDENKDIENTST

## „Die Judenfrage ist in Serbien nicht mehr“

**Am 15. April 1941 wird Serbien von deutschen Truppen besetzt. Als eines der wenigen von dem Dritten Reich besetzten Gebiete verbleibt Serbien unter der Verwaltung der Wehrmacht. Die höchste Autorität im Land ist der „Militärbefehlshaber in Serbien“, dem nicht nur die Besatzungstruppen sondern auch die zivile Verwaltung in Serbien untersteht und damit, gemeinsam mit der Sicherheitspolizei, die so genannten „Judenangelegenheiten“.**

In einem Bericht über antijüdische Maßnahmen in den besetzten Gebieten vom 29. Mai 1942 notiert der Judenexperte des Auswärtigen Amtes: „Die Judenfrage ist in Serbien nicht mehr. Es handelt sich dort nur noch um die Regelung vermögensrechtlicher Fragen.“ Übersetzt aus dem Amtsjargon des Dritten Reiches bedeutet diese Meldung, dass die Ermordung der Juden Serbiens durch die Sicherheitspolizei und die Wehrmacht abgeschlossen war.

Außerordentlich an der Vernichtung der Juden Serbiens sind der Zeitpunkt als auch die zwei Phasen des Prozesses. Am 29. Mai 1942, als der oben genannte Bericht fertig gestellt wurde, waren zwar zwei der drei Vernichtungslager der „Aktion Reinhardt“ schon in Betrieb, allerdings war die „Aktion Reinhardt“, die geplante Vernichtung der Juden in den so genannten „besetzten Ostgebieten“, noch nicht angelaufen. Der vergleichs-

weise frühe Zeitpunkt des Vernichtungsprozesses in Serbien steht in engem Zusammenhang mit der Verwaltung Serbiens durch die Wehrmacht und deren Politik gegenüber dem serbischen Aufstand gegen die Deutschen im Sommer und Herbst 1941.

Schon im April 1942, nach dem Einmarsch der Deutschen, unterwarfen diese die Juden ersten, diskriminierenden Gesetzen und Maßnahmen. Doch mit dem Beginn des Partisanenaufstandes in Serbien im Juni 1942 begann sich die Situation für die jüdische Bevölkerung in kürzester Zeit massiv zu verschlechtern. Da Juden im Weltbild der nationalsozialistischen Führung mit antideutschen Partisanen eng verbunden waren und diesen Hilfe leisteten, begann die Wehrmachtsverwaltung in Serbien im August 1941 Juden aus Gebieten mit starker Partisanentätigkeit auszusiedeln und in zwei Konzentrationslagern nahe Belgrad zu internieren. Mit der Eskalation des Aufstandes und den vermehrten Aktionen der Partisanen gegen die deutschen Truppen und Behörden befahl Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel, Chef des Oberkommandos der Wehrmacht in Berlin, dem „Kommandierenden General in Serbien“, Franz Böhme, ehemals General des Österreichischen Bundesheeres, für jeden verwundeten deutschen Soldaten 50 und für jeden getöteten 100 Geiseln zu erschießen. Böhme zog vornehmlich männliche Juden als Geiseln

heran und setzte die Quoten dieser sogenannten „Vergeltungspolitik“ fort bis fast alle männlichen Juden Serbiens zwischen 14 und 65 ermordet worden waren.

In der zweiten Phase der Vernichtung der Juden in Serbien ermordete die Sicherheitspolizei in Serbien die verbleibenden Frauen, Kinder und Personen über 65 im Konzentrationslager Sajmiste nahe Belgrad. Errichtet von jüdischen KZ-Häftlingen selbst im Dezember 1941, traf dort Ende Februar, Anfang März ein in Berlin konstruierter Gaswagen ein. Jeweils um die hundert Häftlinge des Lagers wurden in diesen umgebauten Möbelwagen gezwungen, bei dem die Abgase aus dem Auspuff in den Lagerraum mit den jüdischen Häftlingen umgeleitet wurden. Täglich, manchmal sogar mehrmals, fuhr der Gaswagen von dem Lager in Sajmiste durch die Innenstadt von Belgrad zu einer nahe gelegenen Erschießungsstätte, wo die Leichen der ermordeten Juden von serbischen Zwangsarbeitern vergraben wurden. Im Mai war die Operation abgeschlossen und die Insassen des Lagers Sajmiste tot.

Die genaue Zahl der ermordeten Juden in Serbien ist nach wie vor unklar. Man schätzt die Zahl der ermordeten männlichen Juden auf ca. 10.000 während man beim Konzentrationslager in Sajmiste, in dem auch Roma und Sinti interniert waren, von ca. 7.000 Opfer ausgeht.

Sajmiste ist ein heute fast vergessenes Lager. Im heutigen Stadtteil Neu Belgrad gibt es zwar ein Denkmal an die Opfer der deutschen Besatzung, doch erwähnt es weder die ermordeten Juden noch das Lager. Seit den 80er Jahren haben sich mehrere Initiativen darum bemüht auf dem ehemaligen Lagergelände ein Museum oder eine Gedenkstätte zu errichten, doch sind diese Versuche bisher nicht erfolgreich gewesen.

Johannes Breit

*Gedenkdienst am US Holocaust Memorial Museum in Washington 2008/2009*

### Literaturverweis:

Walter Manoschek: „Serbien ist judenfrei“ - Militärische Besatzungspolitik und Judenvernichtung in Serbien 1941/42, München 1995

Christopher Browning: *Fateful months: essays on the emergence of the final solution*, New York, 1985

Dirk Auer: *Aus der Zeit gefallen*, Jüdische Allgemeine 36/09, 3. September 2009

## Erinnerung an Jean Jaurès

**Im 3. Wiener Bezirk Landstraße gibt es die Jaurèsgasse. Anlässlich seines 150. Geburtstages und 95. Todestages stellen wir uns mit einigen Ansatzpunkten zur Vita des Namensgebers ein.**

Der Internationalist und Friedenskämpfer Jean Jaurès wurde am 3. September 1859 in bürgerlichen Verhältnissen im Department Tarn in Frankreich geboren und wirkte nach Abschluss seines Philosophiestudiums als Mittelschullehrer und Universitätsprofessor.

Bereits in jungen Jahren wurde er, noch als bürgerlicher Radikaler, Parlamentsabgeordneter. Aufgrund der gesellschaftlichen Verhältnisse des Bergarbeiterbezirks den er vertrat fand Jaurès jedoch bald den Weg in die französische Arbeiterbewegung. Diese war damals noch in mehrere Organisationen zersplittert. Jaurès gehörte mit Jules Guesde, Leôn Blum und anderen zu ihren Einigern und wurde zu einem ihrer bedeutendsten Anreger sowie politischen und intellektuellen Repräsentanten. Er fand bald auch in der „Zweiten

Internationale“ breite Anerkennung und erfuhr eine hohe politische und menschliche Wertschätzung.

Jaurès kritisierte die monarchistischen, nationalistischen und revanchistischen Grundhaltungen der französischen Konservativen, trat für die Aussöhnung Frankreichs mit dem von den Nationalisten zum „Erbfeind“ erklärten Deutschen Reich ein, stritt für die Wiederherstellung der Ehre des hinterhältig verurteilten Hauptmanns Alfred Dreyfus, bekämpfte die französische Aufrüstung und erlangte in der „Internationale“ als unbeugsamer und unüberhörbarer Gegner der drohenden Entwicklung zu einem Krieg der imperialistischen Großmächte große Bedeutung. Deswegen entfachte die politische Rechte eine Hetzkampagne gegen ihn. Am 31. Juli 1914 wurde er von einem fanatisierten Kleinbürgersohn durch zwei Pistolenschüsse in den Kopf ermordet. Die hasserfüllten Tiraden gegen Jaurès waren von seinem Mörder zu Ende gedacht und in die Tat umgesetzt worden.

Das war drei Tage nach der Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Serbien, am Tag der Generalmobilmachung in Österreich-Ungarn und in Russland, einen Tag vor der Kriegserklärung des Deutschen Reichs an Russland und fünf Tage vor der Kriegserklärung an Frankreich. Der Erste Weltkrieg war ausgebrochen, der Kontinent Europa begann in Blut und Tränen unterzugehen.

Die Parteien der „Zweiten Internationale“, die einen Angriffskrieg grundsätzlich ablehnten, waren von den Kriegstreibern mit der Behauptung ausgetrickst worden, dass es um die Verteidigung des jeweils eigenen Landes gehe. Sie erstarrten darob in „Burgfrieden“ und „Vaterlandsliebe“ und leisteten so nicht nur dem Krieg, sondern auch dem Verhängnis der ersten großen Spaltung ihrer eigenen Bewegung Vorschub.

Die „Arbeiter-Zeitung“ vom 2. August 1914 schrieb anlässlich des Mordes an Jean Jaurès: „Es ist ein grausiges Symbol: Bevor das Furchtbare über sie hereinbrechen kann, mußte die Menschheit um diesen ragenden Kopf kürzer ge-

macht werden, mußte die internationale Sozialdemokratie ihres hervorragenden Repräsentanten, ihres glühendsten Friedensapostels und Zukunftskünders beraubt werden. Nur über die Leiche Jaurès‘, nur über den heißesten sozialistischen Friedenswillen hinweg geht der Weg zum Weltkrieg.“

Jaurès Mörder wurde nach dem Ende des Ersten Weltkriegs zwar angeklagt, aber freigesprochen, seine Tat blieb ungesühnt. Die Kosten der Prozessfarce wurden der Witwe des Opfers angelaistet.

Peter Ulrich Lehner

*Redakteur der „mitbestimmung - Zeitschrift für Demokratisierung der Arbeitswelt“, Mitarbeiter der „Initiative für eine sozialistische Politik der SPÖ“*

Anlässlich Jaurès 150. Geburtstag erscheint eine ausführliche Würdigung seines Lebens und Wirkens im Jahrbuch 2009 des Bundes Sozialistischer Freiheitskämpfer, Opfer des Faschismus und Aktiver AntifaschistInnen.

# Arnezhoferstraße – Ein Straßennamen als Mahnmahl

**Das von Anrainern ins Leben gerufene Projekt „ARNEZHOFERSTRASSE – EIN STRASSENNAME ALS MAHNMAHL“ vermittelt anhand von 7 Tafeln die Geschichte der Arnezhoferstraße. Die Eröffnung fand am 2. August 2009 statt.**

## Johann Ignaz Arnezhofer

Johann Ignaz Arnezhofer, Kommissär „zur Ordnung der Israelitischen Angelegenheiten“ organisierte 1670 im Auftrag von Kaiser Leopold I die Vertreibung der jüdischen Bevölkerung aus dem Ghetto „Unteres Werd“, heute Teil des 2. Wiener Gemeindebezirks. In vielerlei Hinsicht mussten die 1346<sup>1</sup> Jüdinnen und Juden für ihre eigene Vertreibung Steuern entrichten. Für zurückzulassendes Hab und Gut wurde die jüdische Gemeinde nicht entschädigt:

„...andere/wegen so kurtzen Termins/zum unversehenen Abzug ihre Substanz um einen Spott verkauffen lassen/die meisten aber mit lären Händen/ausser eines geringen Zehrfennigs/fortziehen müssen/.../unwissend/wo sie mit ihren unmündigen Kindern nur über Nacht herbergen/...“<sup>2</sup>

1670 wurde die „neue Synagoge“ umgebaut und 1671 als Kirche geweiht (heute: Große Pfarrgasse). Der 1640 geborene Arnezhofer bewarb sich 1671 beim Bürgermeister der Stadt Wien um die neu gegründete Pfarrstelle St. Leopoldi:

„...hernach auch 4 ganzer jahr bei ihro Hoch Bischoff: Hochwürden und G: Herrn Leopold Grafen v Kollonitz die Capellanium vorstehen, mit ihnen in Ungarn zu Neutra gewesen, nicht weniger mich in wehrend Juden Comission gebrauchen lassen...“<sup>3</sup>

Nach neun Jahren Seelsorge in der Pfarre St. Leopoldi verstarb Arnezhofer 1680 an der Pest.

1906 ließ Dr. Karl Lueger (1844-1910) einen Teil der damaligen Erlafstraße, 1020 Wien, nach Johann Arnezhofer benennen. Der damalige Stadtrat Oppenberger beantragte in der Stadtrats-Sitzung vom 19. April 1906:

„... den [...] Teil der Erlafstrasse nach Johann Ignaz Arnezhofer, welcher um 1671 der erste Pfarrer der an der Stelle der niedergerissenen Synagoge erbauten Kirche in der Leopoldstadt war, der Kommission zur Ordnung der jüdischen Angelegenheiten angehörte und nach segenreicher Tätigkeit bei Ausübung seines priesterlichen Berufes der Pest erlag, mit Arnezhoferstrasse zu benennen.“<sup>4</sup>

Der Wiener Bürgermeister bediente sich oft massiver antisemitischer Propaganda und nutzte die Verhetzbarkeit der unteren Mittelschicht für seine politischen Ziele. In der Zeit intensiver Zuwanderung vielfach armer Bevölkerungsschichten aus dem gesamten damaligen Kaiserreich setzte Lueger ein Zeichen: Die Vertreibung der „Fremden“ kann jederzeit wieder durchgeführt werden. In diese Geisteshaltung tauchte Adolf Hitler ein als er sich ab 1907 vergeblich um Aufnahme an der Malschule der Wiener Kunstakademie bemühte.

In diesem Kontext erscheinen die Ausführungen der offiziellen Homepage

der Stadt Wien zum Thema „Straßennamen“ befremdlich:

„Die Wiener Straßennamen dienen nicht nur der Orientierung im Straßennetz, sie erzählen auch Geschichten und beschreiben so den Charakter der Stadt. Sie erinnern an wichtige Ereignisse und ehren bedeutende Persönlichkeiten. In anderen Städten sind viele Straßen einfach durchnummeriert. In Wien hat jede der über 6.200 Verkehrsflächen ihren eigenen, aussagekräftigen Namen.“<sup>5</sup>

## „...die Judenschaft von Wien abzuschaffen wäre“

Die ab dem Mittelalter in Wien lebende jüdische Gemeinde wurde im Zuge des Pogroms von 1420/21 vollständig zerstört. Viele Jüdinnen und Juden wurden in den Selbstmord getrieben oder in kleinen, ruderlosen Booten auf der Donau ausgesetzt, mehr als 200 Menschen wurden am Scheiterhaufen verbrannt. Ab dem 16. Jahrhundert setzte die Ansiedlung von Juden in der heutigen Innenstadt wieder ein. Auf Druck der Wiener Bürger wurde den Juden 1624 ein Wohnbezirk jenseits des heutigen Donaukanals zugewiesen. In den 1650er Jahren errichtete die jüdische Gemeinde ebendort ein Bethaus, die „neue Synagoge“<sup>6</sup>.

Die vor der Vertreibung etablierte Kommission „zur Ordnung der Israelitischen Angelegenheiten“ empfiehlt dem Kaiser im 1669 erstellten und äußerst umfangreichen Votum die Vertreibung der Juden. Das Votum trägt den Untertitel „Ursachen, warumben die Judenschaft von Wien abzuschaffen wäre“<sup>7</sup>

Der Erlass des überaus gläubigen Katholiken Kaiser Leopold I zur Vertreibung der jüdischen Gemeinde wurde von seiner Gemahlin Margaretha Theresia<sup>8</sup>, Bischof Leopold Graf von Kollonitsch (weitere Schreibweise: Kollonitz)<sup>9</sup>, Hofkanzler Johann Paul Hoher, hochrangigen Jesuiten sowie Bürgermeister und Räten der Stadt Wien maßgeblich beeinflusst.<sup>10</sup>

Die von letzteren verfasste Bittschrift an den Kaiser Leopold I, in der um Ausweisung der jüdischen Gemeinde ersucht wird, weist auf die Namensgebung der heutigen Leopoldstadt:

„...erbiethen wir uns hiemit diejenigen 10.000 fl., ..., E. K. M. in Dero Hofcammer, ..., alle Jahre richtig und unablässig zu erlegen und zu bezahlen, wenn hingegen zu Verhietung alles mehreren Unheils und Aufnemen der sehr geringen Burgerschaft das gottlose Volck der Juden von hinnen af ewig genzlichen abgeschafft und uns dero Häuser zu Aufrichtung einer neuen Statt allergnädigst überlassen werden. [...] mit mehrern Trost und Versicherung die sogenannte Judenstatt in Leopodinam verändern, aus der teuflischen Synagog einen Gottestempl aufrichten, benebens anstatt der verderblichen und schädlichen Juden die neue Statt mit geschwohnen catholischen Burgern mit landsfürstlichen frölichen Augen ansehen; [...] Als langt an E. K. M. unser und der gesambten armen betrangten, doch getreuen Burgerschaften allerunterthenig gehorsambistes, umb Jesu, des von den Juden Geceuzigsten, willen, höchstflehent-

liches Bitten und Seufzen, ..., von der unleidentlichen, vergiften, jüdischen bösen Sucht zu erledigen und befreyen und zu dem End allen jüdischen Anhang auf ewig genzlichen ausschaffen...“<sup>11</sup>

Zur Aktualität des Themas seien die Äußerungen und Handlungen von Jugendlichen bei der Gedenkfeier im Museum Ebensee am 9. Mai 2009 und bei einem Besuch der Gedenkstätte Auschwitz Ende April 2009 erwähnt. Die weiter reichende Bedeutung der Wahl von Martin Graf zum Dritten Nationalratspräsidenten, seine deklariert neozaristische Mitarbeiter, sein Zugang zu Vertretern der jüdischen Gemeinde seien ebenso in Erinnerung gerufen wie ein neuerlich rechtsextremer Wahlkampf der FPÖ im Frühjahr 2009 „Abendland in Christenhand“.<sup>12</sup>

## Nicht-Sehen-Wollen

Das Projekt erzählt die Geschichte der Arnezhoferstraße in vier chronologisch geordneten, fragmentarischen Abrissen. Diese Episoden werden mittels 7 an die Fassade der Liegenschaft Arnezhoferstraße 7 applizierten Tafeln erläutert. Anhand jener Tafeln unternehmen Passanten eine Zeitreise in der sie sich vom 17. Jahrhundert zur Gegenwart bewegen.

Die transparenten und kaum wahrnehmbaren Acrylglas-Tafeln sind eine Metapher für das Nicht-Sehen-Wollen des Wiener Antisemitismus. Die Anzahl der Tafeln verweist auf jene 7 in NS-Vernehmungsstätten ermordeten Jüdinnen und Juden, die vor ihrer Deportation in der Arnezhoferstraße 7 wohnten. Die Zahl 7 ist eine gleichwohl im Christentum als auch im Judentum mythisch besetzte Ziffer, nicht zuletzt aufgrund der gemeinsamen Basis Altes Testament bzw. Thora. „7“ symbolisiert ein Ganzes, eine Fülle. Gleichzeitig ist dieses „Ganze“ wiederum häufig Teil einer größeren Entität, z.B. 7 Tage der Woche. 49 Tage (7 x 7) trennen die Feste Ostern und Pfingsten bzw. Pessah und Schawuot.

Das Eröffnungsdatum des Projekts erinnert an die Eröffnung der Ausstellung „Der ewige Jude“ am 2. August 1938, ebenfalls im 2. Bezirk. Diese Wanderausstellung diente den Nationalsozialisten zur weiteren Verhetzung der Bevölkerung, bei der sie Akzeptanz für die Novemberpogrome, 9./10. Nov. 1938, sowie für die Shoah schafften.

Nach meiner kurzen Begrüßung referierten Uschi Lichtenegger und Karl Öllinger über Aktivitäten der einzelnen Fraktionen auf Bezirksebene bzw. über die Symbolkraft der Umbenennung. Jan Tabor, Architekturkritiker, sprach im Anschluss über das weitere Schicksal der 1670 vertriebenen Juden. Diese konnten sich 1673 in Safov<sup>13</sup> an der heutigen österreichisch-tschechischen Grenze ansiedeln.

Ehrenschatz der Veranstaltung: Raimund Fastenbauer (Generalsekretär des Bundesverbands der IKG in Österreich), Uschi Lichtenegger (Bezirksrätin Leopoldstadt, Wien, Die Grünen); Karl Öllinger (Abgeordneter zum Nationalrat, Die Grünen); Josef Pröll (Finanzminister, Vizekanzler, ÖVP); Albert Steinhäuser (Abgeordneter zum Nationalrat, Die

Grünen); Terezija Stoisits (Volksanwältin, Die Grünen).

Neben positiven Signalen seitens der Diözese Wien sowie der SPÖ Leopoldstadt gab es auch kritische Reaktionen. Zwei neonazistische Websites<sup>14</sup> empfanden die Veranstaltung ebenso entbehrlich wie die FPÖ:

„FPÖ/Wien/Leopoldstadt/Seidl/Arnezhoferstraße FP-Seidl gegen unsinnige Straßenumbenennung im 2. Bezirk, Utl.: SPÖ und Grüne wollen Anrainern Geld aus der Tasche ziehen Wien, 14-08-2009 (fpd) - Während in Wien täglich neue Kriminalitätsrekorde aufgestellt werden, sorgen sich SPÖ und Grüne um Straßenschilder, auf denen der Namen eines von den roten und grünen Gutmenschen erappten, angeblich antisemitischen Pfarrers aus dem 17. Jahrhundert(!) prangt. „Ihnare Sorgen und das Geld vom Gates mechat i haben“, meint dazu der Leopoldstädter FPÖ-Obmann KO Wolfgang Seidl und fordert ein Ende der unsinnigen Diskussion um die Arnezhoferstraße. Bezahlen die gutmenschenelnden Gesinnungsschnüffler aus den Reihen von SPÖ und Grünen die Kosten für Ummeldungen, Dokumentennummernschreibungen und andere daraus resultierende finanzielle und organisatorische Belastungen? Nachdem dies eher unwahrscheinlich ist, sollen Kubik und Hasch das Wühlen in der Vergangenheit beenden und die Bewohner der Arnezhoferstraße in Ruhe lassen, sagt Seidl. (Schluss)“<sup>15</sup>

Dokumentation der Eröffnung:  
<http://wientv.org/2009/08/09/wer-war-arnezhofer/>

Projekt-Website:  
<http://arnezhoferstrasse.currentlynnowhere.com>

## Arch. DI Erich Koller

Projektkoordinator  
Gedenkdiensleistender Jerusalem 1996/97

- 1 Neumanns Bericht an den Kurfürsten Friedrich Wilhelm, 19. Feb. 1669, Acta des Königl. Geheimen Staatsarchivs, Dt. Zentralarchiv
- 2 Memorial der Judenschaft zu Wien an I. K. M. (Kaiser Leopold I) 1669, Walther Pichler, „Von der Synagoge zur Kirche“. Wien Dom Verlag, 1974
- 3 Brief von Johann Ignaz Arnezhofer an Bürgermeister und Rat der Stadt Wien, 9. Sept. 1671, Archiv der Stadt Wien, A.H. Akten, 18/1671
- 4 Protokoll der Stadtrats-Sitzung vom 19. April 1906, Nr. 38 – 11. Mai 1906, Aktenzahl (15919 XVI, 6204) S943, Archiv der Stadt Wien
- 5 Homepage der Stadt Wien:  
<http://www.wien.gv.at/kultur/strassennamen/>  
Abrufdatum: 2009-06-02
- 6 Pierre Genée, „Die zerstörten Synagogen Wiens“, Hsg. Bob Martens, Herbert Peter, Mandelbaum Verlag, 2009
- 7 Alfred Francis Pribram, „Die Heirat Kaiser Leopolds I. mit Margaretha Theresia von Spanien“, Urkunde 197-108, Wien 1891
- 8 Die junge Kaiserin aus Spanien vermutete in der Anwesenheit der jüdischen Gemeinde den Grund ihrer Unfruchtbarkeit. Walther Pichler, „Von der Synagoge zur Kirche“. Wien Dom Verlag, 1974
- 9 Der Bischof von Wiener Neustadt. Als Bischof von Neutra, Ungarn vertrieb er über tausend Juden aus dem Bistum Neutra. Berichte des schwedischen Gesandten in Wien Hans Heinrich von Gebssattel, 1667-1670, Germanica, Bl. Reichsarchiv Stockholm
- 10 Il. Walther Pichler, „Von der Synagoge zur Kirche“. Wien Dom Verlag, 1974
- 11 Alfred Francis Pribram, „Die Heirat Kaiser Leopolds I. mit Margaretha Theresia von Spanien“, Urkunde a. a. O., 208ff
- 12 Homepage der Freiheitlichen Partei Österreichs: <http://www.fpoe.at/index.php?id=7701>  
Abrufdatum: 2009-06-02
- 13 Deutscher Name: Schaffa
- 14 <http://forums.skadi.net/showthread.php?p=961966#post961966>  
<http://www.alpen-donau.info/WP/2009/08/mal-wieder-ein-mahnmal-die-arnezhoferstrasse/>  
Abrufdatum beide: 2009-08-02
- 15 OTS0053 5 II 0148 NFW0002 Cl, 14. Aug. 2009

# Auschwitz - für Österreich kein Thema?

## Verein GEDENKDIENTST fordert Intensivierung der zeitgeschichtlichen Bildungsarbeit

Am 27. Jänner 1945 wurde Auschwitz von sowjetischen Truppen befreit. Der Jahrestag, immerhin seit einigen Jahren Europäischer Gedenktag, ist in Österreich kein Thema.

Wie sonst ist zu erklären, dass von den ca. 1,3 Mio. BesucherInnen, die 2009 die Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau besucht haben, laut offizieller Besucherstatistik gerade einmal 4400 aus Österreich kommen? Damit liegt Österreich auf Platz 24, hinter Kanada, China und Singapur. Ein deutlicheres Zeichen dafür, dass der Ort mit der höchsten Symbolkraft für den nationalsozialistischen Massenmord in der geistigen Landkarte Österreichs fehlt, ist eigentlich nicht denkbar.

Ein positiver Schritt in diesem Zusammenhang ist die endlich beschlossene Neugestaltung der Ausstellung „Österreich – Das erste Opfer des Nationalsozialismus“ in der Gedenkstätte Auschwitz. Am 28. Jänner wird Barbara Prammer das Grobkonzept zur angestrebten neuen Ausstellung vorstellen. Die Neugestaltung der Ausstellung in Auschwitz ist dringend notwendig und sehr begrüßenswert, doch sollte Auschwitz als Lernort nicht nur neu aufbereitet, sondern auch aktiv genutzt werden.

Anlässlich des 65. Jahrestages der Befreiung von Auschwitz fordert der Verein GEDENKDIENTST daher eine intensivere Auseinandersetzung mit dem Ort und den dortigen Geschehnissen zwischen 1939 und 1945. Als Vorbild kann Deutschland gesehen werden: Nicht nur, dass sich Deutschland wesentlich eingehender mit der Gedenkstätte auseinandersetzt und in mannigfaltiger Weise zu seiner Erhaltung beiträgt: Deutsche Bildungsträger haben auch schon längst die wertvolle Möglichkeit erkannt, die Auschwitz als Lern- und Begegnungsort für die außerschulische Fortbildung bietet. Im Rahmen mehrtägiger Bildungsmaßnahmen würde erfolgreich mit Jugendlichen unterschiedlichster sozialer und kultureller Herkunft gearbeitet. In Österreich gibt es dafür weder Geld noch Unterstützung für engagierte LehrerInnen.

Der Verein GEDENKDIENTST schafft im Rahmen seines Studienfahrtprogrammes an NS-Gedenkstätten die Möglichkeit für selbstbestimmtes Lernen über den Nationalsozialismus. Seit knapp 20 Jahren organisiert er auf freiwilliger Basis und zum Selbstkostenpreis zeitgeschichtliche Projekte mit Schulklassen, Jugend- und Erwachsenengruppen. Über mangelndes Interesse durch Lehrkräfte und JugendbetreuerInnen kann man sich keineswegs beklagen. Allerdings gibt es weder durch staatliche noch durch private Stellen in auch nur annäherndem Maße ausreichend Förderungen für einschlägige Jugendprojekte. Die Folge ist, dass wir in unsere Arbeit fast nur SchülerInnen der AHS-Oberstufe bzw. der BMHS einbeziehen können. Sämtliche berufstätigen Jugendlichen bleiben von solchen Maßnahmen ausgeschlossen. Nicht nur Bund und Länder, sondern auch Unternehmen sollten eine ähnliche Bereitschaft zur Unterstützung von Bildungsarbeit zeigen wie in Deutschland: VW fährt seit über zwanzig Jahren jedes Jahr mehrmals mit seinen Lehrlingen für ein bis zwei Wochen nach Auschwitz und leistet damit einen wichtigen Beitrag zu einer Auseinandersetzung der Jugendlichen mit Geschichte, aber auch mit rechtsextremen und rassistischen Bewegungen in der Gegenwart.



## studienfahrten.at

In Kooperation mit den Wiener Volkshochschulen bietet der Verein Gedenkdienst im Frühjahr 2010 Studienfahrten nach Auschwitz und Theresienstadt an. Buchung und weitere Informationen über [www.studienfahrten.at](http://www.studienfahrten.at) oder die Wiener Volkshochschulen.

### Studienfahrt Theresienstadt Vom 02. bis 05. April 2010 (05. April in Prag: optional)

#### „Das Lied von Theresienstadt“ – Terezín und Wien, eine vergessene Geschichte

Die Deportation nach Theresienstadt, von den Nationalsozialisten als „Vorzeigelager“ für die Weltöffentlichkeit ausgedacht, wurde zum Schicksal etlicher österreichischer Jüdinnen und Juden. In der heutigen Kleinstadt Terezín besichtigen wir die Gedenkstätte und blicken auf das Leben im Ghetto, das von einer so genannten jüdischen „Selbstverwaltung“ organisiert wurde. Der groß angelegte propagandistische Betrug der Nationalsozialisten, aber auch die kulturellen Leistungen und der Überlebenswille der Menschen im Ghetto ist Thema unserer Studienreise. In Prag treffen wir auf eine Überlebende und besichtigen das jüdische Viertel - auf den Spuren jüdischen Lebens in Prag vor dem Holocaust. Der 05. April in Prag ist optional; die Studienfahrt kann auch bis Sonntag abend begleitet werden.

Betreuung: Wolfgang Schellenbacher,  
Verein GEDENKDIENTST

In Kooperation mit den Wiener Volkshochschulen  
Kosten: 300€ pro Person, 350€ mit Prag. Transport, Verpflegung, Unterkunft und Betreuung inkludiert.

### Studienfahrt nach Auschwitz 06. Mai bis 09. Mai 2010

#### „Historischer Ort. Symbolischer Ort. Eine Kleinstadt in Polen.“

Nach der Wannsee-Konferenz im Jänner 1942 wurde die ehemals österreichische Garnisonsstadt Auschwitz zum Zentrum der Vernichtung der westeuropäischen Jüdinnen und Juden bestimmt. Seit Juni 1940 waren dort polnische Intellektuelle, WiderstandskämpferInnen und später auch russische Kriegsgefangene zur „Vernichtung durch Arbeit“ interniert gewesen. Es war jedoch die industrielle Massenvernichtung im Lager Birkenau, die Auschwitz zum Symbol für den Holocaust werden ließ. In der Auseinandersetzung mit den Verbrechen des Nationalsozialismus wird „Auschwitz“ oft als Begriff verwendet, der für namenloses Grauen und unbenennbare Verbrechen steht. Der Besuch dieses Ortes löst bei den allermeisten Menschen Nachdenkprozesse und Fragen aus: Wie konnte ein so monströses Verbrechen geschehen? Wer waren die Opfer, wer die Täter? Welche Bedeutung hat das damals Geschehene für unsere Gegenwart? Nach Besichtigung der beiden Hauptlager in Auschwitz und Birkenau werden wir mit einem Überlebenden des Lagers zusammentreffen. Ein Besuch in Krakau schließt die Reise ab.

#### Ein Informationsabend zur Studienfahrt findet am Di, 6. April 2010 um 19h in der VHS Hietzing (13, Hofwiesengasse 48) statt.

Betreuung: Peter Larndorfer, Verein GEDENKDIENTST  
In Kooperation mit den Wiener Volkshochschulen  
Kosten: 320€ pro Person, Einzelzimmeraufschlag  
Transport, Verpflegung, Unterkunft und Betreuung inkludiert.

Mit freundlicher Unterstützung durch:



**Zukunftsfonds**  
der Republik Österreich

Nationalfonds der Republik Österreich  
für Opfer des Nationalsozialismus

GEDENKDIENTST  
A-1010 Wien, Rabensteig 3/18  
tel +43 1 581 04 90  
fax +43 1 581 04 90 90  
office@gedenkdienst.at  
www.gedenkdienst.at

Kontaktadresse